

Zusammenfassung der Wahlprogramme Hessen

(wichtige Inhalte für die Branche)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Landtagswahl in Hessen	3
<i>Wahlprogramm der CDU in Hessen (Regierungsbeteiligung)</i>	<i>3</i>
<i>Wahlprogramm der GRÜNEN in Hessen (Regierungsbeteiligung)</i>	<i>5</i>
<i>Wahlprogramm der SPD in Hessen</i>	<i>7</i>
<i>Wahlprogramm der AfD in Hessen</i>	<i>9</i>
<i>Wahlprogramm der FDP in Hessen</i>	<i>10</i>
<i>Wahlprogramm der Partei DIE LINKE in Hessen</i>	<i>12</i>

Einleitung

Die Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V. setzt sich bundesweit für den Erhalt und die Verbesserung der Rohstoffbasis der Unternehmen ein, die auf Holz als zentralen Rohstoff angewiesen sind. Viele dieser rohstoffpolitischen Entscheidungen werden auf Landesebene getroffen: Maßnahmen zur Forstpolitik, Naturschutz, Baurecht und auch in der Bildungspolitik wirken sich auf die eine oder andere Weise auf die Rohstoffversorgung der Industrie aus. Gleichzeitig sind die landeseigenen Forstbetriebe oft der wichtigste Rohstofflieferant für viele Betriebe im Land. Deshalb hat die Landespolitik für unsere Betriebe eine zentrale Bedeutung.

Speziell angesichts der großen Waldschäden und der vielerorts anstehenden Bemühungen zur Wiederbewaldung werden die landespolitischen Entscheidungen der über Jahrzehnt das Rohstoffangebot der Holzindustrie und damit deren Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt der Arbeitsplätze im ländlichen Raum prägen. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe wird besonders auch für das Erreichen der Ziele zum Klimaschutz eine entscheidende Bedeutung haben. Dies muss aber mit einer entsprechenden Rohstoffpolitik Hand in Hand gehen.

Die Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V. untersucht und kommentiert deshalb die Programme der Parteien auf Landesebene im Wahljahr 2023 vor allem in Hinblick auf die Themenfelder Forst- und Holzwirtschaft.

Dies soll keinesfalls eine Wahlempfehlung bedeuten, sondern einerseits interessierten Lesern die Möglichkeit geben, die Parteiprogramme entsprechend zu bewerten und andererseits im besten Fall den Parteien selbst die Option eröffnen, ihre eigenen Positionen bezüglich einer kohärenten Rohstoffpolitik zu prüfen. Die Reihenfolge der dargestellten Parteipositionen entspricht dem Wahlergebnis der vergangenen Landtagswahl.

Für einen Dialog zu rohstoffpolitischen Fragen steht die AGR selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Dr. Carsten Mertforth
Sprecher der AGR

Landtagswahl in Hessen

(08.10.2023)

Wahlprogramm der **CDU** in Hessen (*Regierungsbeteiligung*)

Natürliche Lebensgrundlagen ohne Ideologie schützen

Die Christdemokraten betonen, dass neben dem Erhalt und dem Schutz der „natürlichen Lebensgrundlagen“ auch der Pragmatismus eine entscheidende Rolle spiele. Die Priorität des Umweltschutzes läge auf freiwilligen Maßnahmen und Vertragsnaturschutz, die Eigentümer und Flächennutzer stehen im Mittelpunkt der Schutzmaßnahmen (S. 29).

Waldprämie

Als bewährtes Mittel den Waldbau und somit den Walderhalt voranzutreiben, sieht die Partei eine „flächenbezogene Waldprämie“ (S.29).

Fauna im Wald

Durch zusätzliche Lebensräume, sogenannte „Insekten-Highways“, möchte die CDU Biotop vernetzen und so die Qualität der Insektenhabitate verbessern (S.29). Für die sich in Hessen wiederangesiedelten Wölfe wird hingegen eine „aktive Bestandesregulierung“ angestrebt, mit der Begründung, dass der Wolf „keine gefährdete Art mehr ist“ (S.29).

Eigenständiges Ministerium für Land- und Forstwirtschaft

Um der Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft auch politisch angemessen nachzukommen, soll ein „eigenständiges Ministerium für Land- und Forstwirtschaft“ geschaffen werden (S.30).

Warnsysteme für Klimaextreme

Angestrebt werden „Programme für Kommunen, Land- und Forstwirtschaft, sowie Privathaushalte“, die die „Klima- und Extremwetter-Sicherheit (...) massiv stärken“ (S. 25).

Rechte und Pflichten für Landnutzungsverbände

Neben den „anerkannten Naturschutzverbände(n)“ sollen auch „zentrale(n) Landnutzungsverbände“ eine gleichberechtigte Beteiligung ermöglicht bekommen (S. 30). Im Fokus steht dabei die „Steigerung der Rolle und Akzeptanz der Landwirtschaft für Umwelt und Natur und den Bürokratieabbau fortsetzen“ (S.30).

Offensive Klimaanpassung

Für das Bundesland Hessen wird die Vorbereitung auf die „nicht mehr vermeidbare Erderwärmung“ gleichbedeutend, wie die „CO2-Vermeidung“ beurteilt. Eine Anpassungsstrategie für unter anderem die Forstwirtschaft wird forciert.

Energieoffensive

Die aktuelle Regierungspartei sieht einen großen Bedarf des „Ausbau(s) aller verfügbaren regenerativen Energieformen“ (S.28). Gedacht werden solle dabei frei der „ideologischen Scheuklappen“ und von „Wasserstoff bis Bioenergie“ ohne „Denkverbote für neue Energiequellen“ (S.28).

Link zum Wahlprogramm: <https://www.cduhessen.de/data/documents/2023/07/05/2831-64a581550b9a8.pdf>

Kommentar der AGR:

- Eine „Waldprämie“, die den Waldumbau hin zu klimaangepassten und wirtschaftlich tragbaren Wäldern unterstützt ist für die zukunftsgewandte Forstwirtschaft als positiv zu bewerten. Es ist jedoch darauf zu achten, dass durch diese Förderung keine staatlich subventionierten Nutzungsverbote der Wälder entstehen.
- Aufgrund der besonderen klimatechnischen und sozialen Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft wäre die Gründung eines Forst- und Landwirtschaftsministeriums ein wichtiger Schritt in Richtung zukunftsgewandtes Umweltmanagement. Die Forstwirtschaft ist durch die sehr langfristigen Handlungszeiträume von 100 Jahren und der gleichzeitig sehr volatilen Klima- und Wetterveränderungen eine Branche, die Fachspezialisten und Expertinnen in der Praxis und auf ministerialer Ebene benötigt.
- Die Biodiversität im Wald ist ein entscheidender Faktor für die Vitalität der Bäume. Maßnahmen, die diese weiter fördern und unterstützen werden als positiv bewertet, insofern diese dem Waldbau dienlich sind. Die Schalenwildbestände sollten ein vielfältiges Waldwachstum erlauben.
- Die Bioenergie in Hessen, insbesondere im (Wald)holzverbrauch zu erweitern, bedarf eines Rohstoffkonzeptes, das die Verfügbarkeit der kostbaren Ressource Holz beobachtet und kontrolliert.
- Eine gleichberechtigte Beteiligungsmöglichkeit für zentrale Landnutzungsverbände, verglichen mit den „anerkannten Naturschutzverbänden“ ist sehr empfehlenswert. Der Rahmen sollte dabei jedoch nicht bei den landwirtschaftlichen Verbänden geschlossen werden. Denn neben der Landwirtschaft ist auch die Steigerung der Rolle und Akzeptanz der Forstwirtschaft für Umwelt und Natur notwendig.
- In Anbetracht des geplanten Naturmonumentes „Grünes Band Hessen“ ist die Fokussierung des Naturschutzes auf freiwillige und pragmatische Ansätze empfehlenswert.

Wahlprogramm der **GRÜNEN** in Hessen (Regierungsbeteiligung)

Schönheit der Wälder erhalten

Bereits in der Präambel machen die Grünen deutlich, dass sie die „Schönheit und Vielfalt von Hessens Wäldern“ erhalten wollen, wobei der Schwerpunkt auf der Erholungsfunktion und biologischen Vielfalt läge (S.6). Das „größte Aufforstungs- und Waldentwicklungsprogramm in der Geschichte Hessens“ soll eine Maßnahme sein. Der Schutz der Biodiversität und eine „Trendwende beim Artensterben“ soll mit einer Investition von einer Milliarden Euro bis 2030 finanziert werden (S.6).

Einschlagsobergrenze

Um die „natürliche Entwicklung zu stärken“, wird eine Obergrenze des Holzeinschlags gefordert (S.20).

Neuausrichtung des Waldgesetzes

Das „Hessische Waldgesetz konsequent an Natur- sowie Klimaschutz und Erholungszielen ausrichten“ heißt es im Wahlprogramm. Dies solle die „Anstrengungen für einen naturnahen, klimastabilen und artenreichen Wald“ mit „heimischen Baumarten“ finalisieren (S.19 f.).

Buchenwälder

Der Anteil „alter Buchenbestände“ solle erhöht werden (S. 20). Weiter heißt es, dass Naturwaldflächen ab 50 Hektar als Biotope gesetzlich geschützt werden sollen (S.20).

Bürgerbeteiligung im Wald

Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Windenergie im Wald auf Staatswald zu stärken, wird eine „Beteiligungsmöglichkeit für Bürger*innen noch höher (gewichtet), da das die Akzeptanz fördert“ (S.8). Im „Programm „Bürger*innenwald““ solle den Menschen vor Ort eine Möglichkeit des Mitentscheidens über die Waldkonzepte gegeben werden (S.20).

Schutzgebietsziele erreichen

Das „globale 30-Prozent-Schutzgebietsziel“ soll durch die Schaffung eines robusten Schutzgebietsnetzes erreicht werden (S.18). Für die Zielerreichung solle eine Milliarde Euro investiert werden. Den Kern dabei bilden laut des Wahlprogramms die „hessischen Naturschätze: der Nationalpark Kellerwald-Edersee, die Biosphärenregion Rhön, das Nationale Naturmonument Grünes Band, das Naturschutzgebiet Kühkopf-Knoblochsaue und die Naturschätze von der Wetterau bis zum Laubacher Wald sowie unsere hessischen Naturparke“ (S. 18). Neben den bereits etablierten Schutzgebieten solle weitere Naturschutzgebiete ausgewiesen werden und das „Netz Natura 2000 mittels Maßnahmenplänen verbindlich schützen“ (S.19). Mit „Waldpartnerschaften“ solle das zwei Prozent Wildnisziel erreicht werden (S.20).

Naturschutz im (Privat)wald

Um das Netz der FFH-Gebiete in staatlicher Hand auszuweiten, solle nun auf einen „freiwilligen Waldtausch von in FFH-Gebieten liegenden Privat- zu Staatswaldflächen“ gesetzt werden (S.20). Zudem solle der Vertragsnaturschutz gemeinsam mit Waldbesitzenden und Naturschutzverbänden ausgeweitet werden (S.19).

Holzbau fördern

Zugunsten des Klimaschutzes und des nachhaltigen Wohnens solle das Bauen mit Holz und der moderne Holzstrohbau gefördert werden. Der Fokus läge auf der Sanierung und Weiterentwicklung bestehender Quartiere (S.35).

Link zum Wahlprogramm: <https://landtagswahl.gruene-hessen.de/wp-content/uploads/2023/08/Regierungsprogramm-GRUENE-Hessen.pdf>

Kommentar der AGR:

- Die Investitionsbereitschaft in Forst und Wald in einem Umfang von einer Milliarde Euro ist zu begrüßen, dabei sollte der Fokus jedoch klar auf dem Dreiklang der Waldökosystemleistungen liegen und nicht nur auf der Erholungsfunktion und biologischen Vielfalt. Die sozialen und klimapositiven Leistungen der aktiven Wald- und somit auch Holzwirtschaft sind ebenso förderwürdig, wie der Waldschutz allein. Das „größte Waldentwicklungsprogramm in der Geschichte Hessens“ muss ein **Waldumbauprogramm** sein, bei dem der Wald fit gemacht wird für die klimatischen Bedingungen der Zukunft. Einschlagsobergrenzen, Nutzungsaufgaben und Verbote sind dabei genau der falsche Weg.
- Dasselbe gilt für die angestrebte Neuausrichtung des Landeswaldgesetzes. Die angestrebte Ausrichtung auf Natur- und Klimaschutz bedingt die Berücksichtigung der vielfältigen Klimaschutzleistungen des Waldes: Die CO₂-Senkenfunktion durch das Waldwachstum, die CO₂-Fixierungsleistung der Holzprodukte, sowie die Substituierungsleistung dieser. Eine statische Ausrichtung auf die Erholungsziele greift nicht weit genug und missachtet die klimapositiven Wirkungsweisen der nachhaltigen Holzernte. Bei den Baumarten darf es im Klimawandel keine Denkverbote und kein Festhalten an althergebrachten Vorstellungen geben.
- Wälder, deren Wachstum und damit auch Vitalität, sind abhängig von zahlreichen Einflussfaktoren. Als Primärsektor ist die Wirkungsweise der Forstwirtschaft von den Umweltbedingungen und klimatischen Ereignissen gesteuert, der Holzeinschlag in Zeitpunkt und Menge damit nicht zuletzt.
- Den Holzbau und die Sanierung mit Holz zu fördern ist der richtige Weg. Es wäre aber erst recht gut, wenn dabei auch Holz aus Hessen zum Einsatz käme.

Wahlprogramm der **SPD** in Hessen

Klimaplan

Geplant ist ein „integrierter Klimaschutzplan“, in welchem die angestrebten Klimaziele festgehalten und die notwendigen Maßnahmen dafür festgehalten werden sollen (S. 65). Ein Klimabericht alle zwei Jahre gilt als Kontrollmechanismus.

Regionales Holz im Bau

Für die Sozialdemokraten besteht ein Zusammenhang zwischen dem Waldreichtum Hessens und darin, den Einsatz des nachwachsenden Rohstoffes Holz zu fördern. Regionale Wertschöpfungs- und Lieferketten stehen dabei im Fokus (S. 30 f). Weiter solle das Land eine beispielhafte „Nutzung von Holz als nachwachsendem Rohstoff“ im „Bau und bei der Beschaffung“ im Sinne der Kaskadennutzung und damit langfristigen CO₂-Bindung vorgeben (S.71).

Langfristige Waldbewirtschaftung

„Ökologie und Ökonomie müssen bei der Waldbewirtschaftung in ein Gleichgewicht gebracht werden“, so die SPD im Wahlprogramm. Als Element dessen wird „(d)er Erhalt der biologischen Vielfalt, der Schutz von Klima, Wasser und Boden, sowie die Möglichkeit zu Erholung und zu Naturerlebnissen für den Menschen“ angesehen (S. 71). Durch die Jagd solle ein artenreicher, angepasster und gesunder Wildbestand „in Einklang mit der Waldbewirtschaftung“ entwickelt werden (S.72). Das langfristige Ziel ist ein „dem Standort und der natürlichen Waldgesellschaft angepasste(r), gemischte(r), mosaikartig strukturierte(r) und ungleichaltrige(r) Wald“, der „auch in Zukunft nachhaltig bewirtschaftet werden kann“ (S.71). Rückegassen sollen nicht geringer sein als 40m.

Vergütung der Ökosystemdienstleistungen

Eine Zertifizierung nach FSC wird hierfür als „Mindeststandard“ gesehen (S.71). Gefördert werden soll Humusbildung in Feld und Wald. Die Umtriebszeiten der Bestände sollen verlängert werden. Angestrebt werden „strukturierte Waldränder“ (S.71).

Waldstilllegung

Als notwendig wird angesehen, dass „zehn Prozent unseres Waldes (Hessens Wälder) im Sinne der europäischen Biodiversitätsstrategie aus der Bewirtschaftung genommen werden“ (S.71). Langfristig soll durch „Flächenmanagement von vielen kleinen Teilflächen zu großen zusammenhängenden Gebieten“ gelangt werden (S.71).

Potentialerhaltung Arbeiten mit Holz

Holz wird als „wertvoller, nachwachsender Rohstoff“ anerkannt (S.71). Die nachhaltige Erzeugung des Rohstoffes habe „sowohl eine ökologisch wie auch ökonomisch hohe Bedeutung“ in Hessen (S.71). Im ländlichen Raum hängen viele Arbeitsplätze mit dem „Cluster Holz“ zusammen, dessen Potential erhalten werden solle (S.71).

HessenForst

Der Personalbestand bei HessenForst soll erhöht werden. Außerdem möchte man für kleine Forstreviere sorgen.

Link zum Wahlprogramm:

https://www.spd-hessen.de/wp-content/uploads/sites/269/2023/07/SPD_Hessen_Wahlprogramm_2023_V3.pdf

Kommentar der AGR:

- Eine Orientierung an den sog. Natürlichen Waldgesellschaften kann durch die Veränderungen der Standortbedingungen unter Umständen problematisch sein. Der Klimawandel verändert die Bedingungen für viele Waldbestände langfristig und fundamental.
- Der Zusammenhang zwischen Nutzungsverböten im Wald und der Stärkung der Biodiversität ist nicht evident. Im Rahmen der Bewirtschaftung lässt sich viel eher etwas für die biologische Vielfalt tun als durchs Nichtstun. Zehn Prozent stillgelegter Wald bedeuten zehn Prozent hohe Risiken für klimawandelbedingte Waldschäden.
- Aus demselben Grund ist eine Verlängerung der Umtriebszeiten problematisch. Ältere Bäume sind anfälliger für Klimaschäden und ein junger Wald lagert mehr Kohlenstoff ein als ein älterer. Zu dicke Bäume verursachen zudem Probleme bei der Verarbeitung und liefern oft eine schlechtere Holzqualität.
- Rückegassenabstände von 40m erschweren die maschinelle Holzernte und erhöhen so den Anteil der gefährlichen motormanuellen Ernte. Dies ist aus Gründen des Arbeitsschutzes abzulehnen. Durch umsichtigen Fahrzeugeinsatz lässt sich die Bodenverdichtung minimieren. Ein Großteil des Waldbodens bleibt ohnehin unbefahren.

Wahlprogramm der **AfD** in Hessen

Bewirtschaftung des Staatswaldes

Die „Richtlinien für die Bewirtschaftung des Staatswaldes (2018)“ und die „Naturschutzleitlinie 2022“ schränken laut der Alternative für Deutschland die naturnahe Waldbewirtschaftung in „unzulässiger Weise“ ein. Die AfD fordert in Ihrem Wahlprogramm deshalb „eine grundlegende Überarbeitung beider Richtlinien im Sinne einer ordnungsgemäßen Waldwirtschaft“ (S. 54). Eine Zertifizierung nach FSC wird abgelehnt, es solle die bisher etablierte Kennzeichnung nach PEFC weiterhin erfolgen (S.54).

Waldbau durch Jagd

Die Jagd soll als „ökologisches Handwerk“ und als „legitime Form der Naturnutzung gefördert und erhalten“ (S. 54). Die regulatorische Wirkung in Land- und Forstwirtschaft wird als wesentliches Merkmal verstanden, dies gälte sowohl im Privat- als auch Staatsbesitz. Für die Wildtierart der Wölfe wird eine „ordnungsgemäße Bejagung“ gefordert

Unterstützung der nicht-staatlichen Waldbesitzenden

Die Forderung private und kommunale Waldbesitzer bei der Wiederbewaldung ihrer Wälder intensiv zu unterstützen wird platziert.

Forstmaschinen

Eine „Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen“ führe zu einer „Erhöhung von Kosten und damit letztlich zu einer Verteuerung von Lebensmitteln“(S. 52). Aus diesem Grund spricht sich die Partei für den Erhalt der „Befreiung von der Kfz-Steuer für Land- und Forstwirtschaftliche Fahrzeuge“ aus (S.53).

Klimaschutz

Abgelehnt wird laut dem Wahlprogramm der „Klimaschutz“ wo hingegen in sogenannte „sinnvolle Maßnahmen zur Klimawandelanpassung und -resilienz“ angestrebt werden sollen (S. 44).

Link zum Wahlprogramm:

<https://afd-hessen.de/wp-content/uploads/2023/08/2023-05-11-Wahlprogramm-LTW23-gemaess-LPT-Melsungen-1.pdf>

Kommentar der AGR:

- Die Halter forstwirtschaftlicher Fahrzeuge sollten nicht zusätzlich und ohne Not steuerliche belastet werden.
- Die Unterstützung privater Waldbesitzer bei der Wiederbewaldung ist ein wichtiges Instrument, so lange wie sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen erfolgt.
- Ein Ablehnen des Klimaschutzes halten wir für fatal. Nur mit konsequenten Maßnahmen (Klimaschutz) können CO2 Emissionen reduziert und so der Klimawandel eingebremst werden.
- Das Stichwort Holz findet sich im Programm der AfD nicht.

Wahlprogramm der FDP in Hessen

Forst- und Holzwirtschaft stärken

Laut den Freien Demokraten in Baden-Württemberg kommt der **Forst- und Holzwirtschaft** des Landes eine besondere Bedeutung zu. Die „Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung“ solle auch langfristig gesichert sein (S.99).

Umwelt und Klimaschutz europäisch begreifen

Umwelt und Klimaschutz solle in den „europäischen Kontext“ gestellt werden. Die Vorsorge soll Vorrang haben gegenüber der Nachsorge (S.89). Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel würden konkrete Schwerpunkte der Landes- und Kommunalplanung bilden; Anpassungsmaßnahmen aus privater Initiative würden unterstützt werden (S. 89). Ein Beispiel dafür ist der Vertragsnaturschutz im Wald (S.100).

Klimaschutz durch Holzbau

Eine konkrete Handlungsempfehlung im Sinne des Klimaschutzes ist die Verwendung von „Holz als nachwachsender Rohstoff und CO₂-Speicher“ (S.100). Ziel solle es sein durch eine Holzbau-Offensive den Holzbau in Hessen in den nächsten Jahren voranzubringen. Die Speicherung von CO₂ in langlebigen Holzprodukten wird in engem Zusammenhang mit dem vorangestellten CO₂ Speicher Wald gesehen (S.100).

Waldbau

Um die Wälder Hessens „fit zu machen“, setzt die FDP auf eine angepasste Mischung von Baumarten, die die „Wirtschaftlichkeit langfristig sichern“ (S.91). Die Waldbesitzer sollen im „Aufbau klimastabiler Mischwälder“ unterstützt werden. Im Staatswald solle die Wiederbewaldung forciert werden (S.100).

Zertifizierung im Staatswald

Im „Rahmen ökologischer und ökonomischer Grundsätze“ solle dem Landesbetrieb Hessen Forst künftig die Freiheit gegeben werden „welches Forstrevier nach FSC oder Alternativen zertifiziert wird“ (S.99).

Schutz der Artenvielfalt durch Waldwirtschaft

Das Ziel 10 Prozent des Staatswaldes aus der Nutzung zu nehmen, lehnen die Freien Demokraten ab. Die Vitalität und Artenvielfalt solle durch die aktive Forstwirtschaft gefördert werden. „Pauschale Nutzungsverbote wie das Buchenmoratorium in FFH-Schutzgebieten“ lehnt die Partei ab (S.100). Stattdessen solle die Laubholznutzung aktiv durch Anreize gefördert werden und in diesem Zuge statt Nutzungsverbot integrative Schutzkonzepte angestrebt werden.

Jagd im Reviersystem

Die FDP bezeichnet Jäger und Jägerinnen aufgrund der abgelegten staatlichen Prüfungen als „anerkannte Naturschützer“, welchen durch „bürokratische Hürden, praxisfremde Verordnungen (und) unsachgerechte Abschusspläne“ in ihrem Handwerk erschwert würden (S.100).

Link zum Wahlprogramm: <https://fdp-hessen.de/programm-zur-landtagswahl-2023/>

Kommentar der AGR:

- Der Zusammenhang zwischen Kohlenstoffeinlagerung im Wald und Speicherung im Holzprodukt ist eine richtige Erkenntnis.
- Entscheidend ist dabei das langfristige Rohstoffaufkommen an Holz in Hessen, es ist wichtig den strategischen Gedanken in diese Richtung weiterzuverfolgen.
- Den Revieren die Entscheidung über die Zertifizierung zu überlassen ist ein interessanter Ansatz, der aber im Alltag zu Schwierigkeiten führen kann, etwa im Einsatz von Forstmaschinen in unterschiedlichen Revieren. Es sollte stattdessen auf rationaler Basis überlegt werden, welche Zertifizierung am besten zum Staatswald passt, welche Kosten entstehen und welche langfristigen Folgen zu erwarten sind.
- Die AGR unterstützt das Konzept des integrativen Naturschutzes in den Wäldern von Hessen.
-

Wahlprogramm der Partei **DIE LINKE** in Hessen

„Wald statt Asphalt!“

Bürgerinitiativen, Proteste und Aktionen unter dem Motto „Wald statt Asphalt“ werden von der Partei DIE LINKE ausdrücklich unterstützt (S.37). In dem Zusammenhang sei es „unverantwortlich (...) Wälder zu roden oder Natur- und Wasserschutzgebiete zu gefährden“ (S.37 f.). Zwar solle der Pendlerverkehr ausgeweitet werden (S.39), der Güterverkehr hingegen begrenzt und verlagert werden (S.40).

Falscher Waldbau seit Jahrzehnten

Der Zustand der Wälder sei „besorgniserregend“, als Ursache hierfür sei neben „Trockenheit, Hitze, Schadstoffbelastungen, Grundwasserabsenkung“ auch der „stark betriebswirtschaftlich ausgerichtete(r) Waldbau“ (S.52). Der Nachhaltigkeitsgrundsatz, nur so viel Holz zu entnehmen wie nachwächst, schütze die ökologischen Leistungen „zu wenig“, dies sei „über Jahrzehnte falsch gemacht“ worden (S.52). Weiter heißt es „die Fichtenmonokulturen sterben ab“ (S.52).

Die ökologische Waldwende

Im vorliegenden Wahlprogramm wird eine nachhaltige, klimagerechte Waldbewirtschaftung orientiert an den „Leitlinien des ökologischen Waldbaus für Staats- und Privatwald“ gefordert (S.52). Dieses gelingt nur durch eine ökologische Waldbewirtschaftung, die auf Laubmischwälder mit vielfältiger Altersstruktur und europäischen Baumarten setzt“ (S. 52): Eine starke Forstwissenschaft müsse die Waldbauanpassung an den Klimawandel begleiten (S.52).

Schutz des Waldbodens

Die Partei DIE LINKE möchte den „Waldboden besser schützen“, deshalb sollte die Befahrung der Waldböden bspw. mit schweren Maschinen „weitgehend vermieden werden“ (S.52 f.). Eine sogenannte Förderung mit Steuergeldern der „großmaschinelle(n) Räumung und Bodenbearbeitung von Verjüngungs- und Kalamitätsflächen“ solle nach Extremwetterereignissen nicht mehr erfolgen (S.52 f.).

Waldvernichtung verhindern

Hohe Stickstoffeinträge aus Verkehr und Industrie seien mit die bedeutendsten durch den Menschen verursachten Belastungsfaktoren für den Wald. Gelöst werden solle dies durch eine „zügige Verkehrswende“ und eine Änderung des hessischen Waldgesetzes, sodass der „Abbau von Sand und Kies in Bannwäldern wirklich unterbunden wird“ (S. 53). Als weitere Ursache für „Waldvernichtung“ wird ein „zu hoher Wildbestand“ angesehen, welcher die Entstehung einer „Savannenlandschaft“ fördere (S.53).

Umweltbildung verbessern

Um die Umwelt schützen zu können, bedarf es laut des Wahlprogramms einer Umweltbildung. Diese solle eine zentrale Aufgabe der Forststellen werden (S.53).

Hessische Bauhütte

Als „gemeinwirtschaftliches Bauunternehmen“ solle die „Hessische Bauhütte“ gegründet werden (S.19). Energetische Modernisierung und ökologische Bauweisen, wie beispielsweise

der urbane Holzbau, sollen großflächig vorangetrieben werden (S.19). Als Baustoff würde Holz immer wichtiger (S.53).

Der Holzarmut vorbeugen

Um einer „Holzarmut“ vorzubeugen, müsse mit der Ressource Holz sparsamer umgegangen werden. Angestrebt wird ein „umfassendes Holzrecycling mit einer Nutzungskaskade von Gebrauchtholz“, bei welcher die Holzverbrennung und Energiegewinnung erst am Ende stünde. Denn „Energie direkt aus dem Wald“ sei kein „Beitrag zum Klimaschutz“ (S.53).

Link zum Wahlprogramm: <https://www.die-linke-hessen.de/images/Downloads/2023-aktuell/LTW/wahlprogramm-ltw2023.pdf>

Kommentar der AGR:

- „Wald statt Asphalt“ reimt sich zwar, das Programm dahinter ist leider voller Ungereimtheiten. Großflächige Waldrodungen sind nicht unverantwortlich, sondern Notmaßnahmen, die nur in Ausnahmefällen genehmigt werden, um den restlichen Wald zu schützen. In Hessen ist das bislang kaum vorgekommen.
- Den Nachhaltigkeitsgrundsatz zum Problem zu erklären, wird den Tatsachen nicht gerecht. Dass der Waldbau der Vergangenheit in der Gegenwart Probleme verursacht, ist unbestritten, trotzdem ist eine ökonomische Ausrichtung nicht per se falsch, sondern garantiert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Will man einen Landesbetrieb, der dauerhaft defizitär arbeitet und subventioniert werden muss? Ziel muss statt einer „ökologischen Wende“ ein konsequenter Waldumbau bleiben, auf ökologischen und ökonomischen Prinzipien aufbauend.
- Die Forderung nach dem Verzicht auf die Förderung des Einsatzes von Forstmaschinen vor allem nach Kalamitäten kann zu schlimmen Konsequenzen führen. Gerade wenn Schadgebiete nicht beräumt werden, können sich Insektenkalamitäten entwickeln, die den Wald noch über Jahre weiter schädigen.
- Programmpunkte wie die Förderung des urbanen Holzbaus weisen hingegen in die richtige Richtung.